

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 48 | 02.12.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 418/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die **Feststellung der Ausgleichstaxe nach dem Behinderteneinstellungsgesetz** für das Kalenderjahr 2023

### [BGBl II 419/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die **Renten Anpassung** sowie über die **Feststellung bestimmter Werte im Sozialentschädigungsrecht** für das Kalenderjahr 2023

### [BGBl II 420/2022](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über das **Ergebnis der Wahl des Bundespräsidenten**

### [BGBl II 425/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die **Einführung des Klimatickets**

### [BGBl II 426/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Beurteilung des Pflegebedarfes nach dem Bundespflegegeldgesetz (**Einstufungsverordnung zum Bundespflegegeldgesetz – EinstVO**) geändert wird

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABl L 306 v 25.11.2022, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2022/2299 der Kommission vom 15. November 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Struktur, des Formats, der **technischen Einzelheiten** und des Verfahrens für die integrierten nationalen **energie- und klimabezogenen Fortschrittsberichte**

### III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

#### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

13.06.2022, [V 180/2021](#)

**Wr NaturschutzG; Abweisung** eines Antrags gegen die VO der Wiener Landesregierung betreffend ein Wr Landschaftsschutzgebiet; hinreichende Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen; Einhaltung der Verfahrensvorschriften des Wr NaturschutzG bei der Verordnungserlassung; Verstoß gegen die Verpflichtung zur Amtshilfe durch **Unterlassung der Vorlage der Verordnungsakten** an das VwG

13.06.2022, [V 323/2021](#)

**Wr NaturschutzG; Abweisung** eines Antrags betreffend ein Wr Landschaftsschutzgebiet; hinreichende Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen; Einhaltung der Verfahrensvorschriften des Wr NaturschutzG bei der Verordnungserlassung; Verstoß gegen die Verpflichtung zur Amtshilfe durch **Unterlassung der Vorlage der Verordnungsakten** an das VwG

14.06.2022, [V 291/2021](#)

**StVO**; Gesetzwidrigkeit einer Verordnung über die **Einrichtung einer Begegnungszone** in Graz mangels ordnungsgemäßer Kundmachung durch falsche Ausrichtung der aufgestellten Straßenverkehrszeichen

01.07.2022, [G 59/2022](#)

**Stmk Landes-Dienst- und Besoldungsrecht; Abweisung** eines Antrags des OGH gegen § 190 Abs 5 Stmk Landes-Dienst- und Besoldungsrecht idF LGBl 2007/30 und die Wortfolge „§ 256 Vorrückungsstichtag“ in § 280 Abs1 leg cit idF LGBl 2003/29 betreffend die beschränkte Anrechnung von Vordienstzeiten mangels **Inländerdiskriminierung**

19.09.2022, [V 48/2021](#)

**Tir RaumordnungsG**; Abweisung des Antrags auf **Aufhebung eines Bebauungsplans** einer Tir Gemeinde betreffend die Festlegung der Baufluchtlinie und den Verlauf der Straßenfluchtlinie; hinreichende Dokumentation der Entscheidungsgrundlage; hinreichende Erkennbarkeit der Entscheidungsgrundlagen des Verordnungsgebers

19.09.2022, [G 315/2021 ua](#)

**Oö StraßenG**; Ablehnung eines Parteienantrags; keine Bedenken gegen die **Enteignung** nach einer Bestimmung des Oö StraßenG sowie näher bezeichneter Bestimmungen der ZPO, des AußStrG und des VfGG

19.09.2022, [E 2836/2021](#)

**Oö TourismusG**; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Vorschreibung einer **Freizeitwohnungspauschale** nach dem Oö TourismusG; keine Abgabepflicht für Freizeitwohnungen, die trotz ernsthafter Vermietungsabsicht längere Zeit nicht vermietet werden können; Unterlassung von Ermittlungen, ob für sämtliche Wohnungen eine Nutzung als Freizeitwohnung auszuschließen ist

19.09.2022, [E 3367/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigter** betreffend einen Staatsangehörigen Afghanistans trotz dauerhafter Unzulässigkeit der Rückkehrentscheidung und Erteilung eines Aufenthaltstitels; mangelhafte Auseinandersetzung mit den Länderberichten zur Sicherheitslage, insbesondere im Hinblick auf eine innerstaatliche Fluchtalternative

19.09.2022, [E 4145/2021 ua](#)

**Oö TourismusG**; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Vorschreibung einer **Freizeitwohnungspauschale** nach dem Oö TourismusG; keine Abgabepflicht für Freizeitwohnungen, die trotz ernsthafter Vermietungsabsicht längere Zeit nicht vermietet

werden können; Unterlassung von Ermittlungen, ob für sämtliche Wohnungen eine Nutzung als Freizeitwohnung auszuschließen ist

19.09.2022, [E 4335/2021 ua](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Nichtzuerkennung des **Asylstatus** an eine Familie von Staatsangehörigen Afghanistans; mangelhafte Auseinandersetzung mit dem Parteivorbringen der minderjährigen Bf betreffend die mangelnde Bildungsmöglichkeit sowie mit den Länderberichten

19.09.2022, [E 411/2022](#)

**Oö TourismusG**; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Vorschreibung einer **Freizeitwohnungspauschale** nach dem Oö TourismusG; keine Abgabepflicht für Freizeitwohnungen, die trotz ernsthafter Vermietungsabsicht längere Zeit nicht vermietet werden können; Unterlassung von Ermittlungen, ob für sämtliche Wohnungen eine Nutzung als Freizeitwohnung auszuschließen ist

19.09.2022, [E 979/2022](#)

**Oö TourismusG**; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Vorschreibung einer **Freizeitwohnungspauschale** nach dem Oö TourismusG; keine Abgabepflicht für Freizeitwohnungen, die trotz ernsthafter Vermietungsabsicht längere Zeit nicht vermietet werden können; Unterlassung von Ermittlungen, ob für sämtliche Wohnungen eine Nutzung als Freizeitwohnung auszuschließen ist

20.09.2022, [V 190/2021](#)

**StVO**; keine Gesetzeswidrigkeit einer BegegnungszonenVO einer Sbg Gemeinde betreffend die **Erklärung des historischen Ortszentrums zur Begegnungszone**; zweifelsfreie Festlegung des örtlichen Geltungsbereichs der VO durch die Formulierung „im historischen Ortszentrum der Stadtgemeinde Radstadt“

20.09.2022, [E 1138/2022](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status eines **Asylberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen Syriens; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Situation des Bf als Wehrdienstpflichtiger im Herkunftsstaat

04.10.2022, [E 3585/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Feststellung der **Zulässigkeit der Abschiebung** eines Staatsangehörigen Afghanistans; extrem volatile Sicherheitslage auf Grund aktueller Länderinformationen weiterhin gegeben; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Sicherheits- und Versorgungslage

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

14.10.2022, [Ra 2021/03/0133](#)

**GefahrgutbeförderungsG**; die (angebliche) Rechtsunwirksamkeit einer Fertigung der vorgelegten Bestätigung über das Vorliegen eines Lohnführungsvertrags zwischen der S GmbH und der T GmbH stellt – schon angesichts der grundsätzlichen Formfreiheit des Vertragsabschlusses – keinen unwiderlegbaren Nachweis des Nichtbestehens der darin dargestellten Vereinbarung dar; soweit ausgeführt wird, dass die **Vernehmung des Geschäftsführers** der beiden betroffenen Gesellschaften an der Feststellung des Nichtbestehens dieser Vereinbarung nichts ändern könne, stellt dies eine **unzulässige vorgegreifende Beweiswürdigung** dar, weil damit der Wert des Beweises abstrakt (im Vorhinein) beurteilt wird

18.10.2022, [Ro 2019/11/0020](#)

**TierseuchenG; Rotwild-Tbc-Bekämpfungsplan-VO**; die verfahrensgegenständliche **Abschussanordnung** ist kein Akt verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt; sie stellt einen **Bescheid** dar; es wird ein näher definierter Mindestabschuss innerhalb eines bestimmten Zeitraums vorgeschrieben; dabei handelt es sich um einen Spruch in Form einer individuellen, eine Leistung anordnenden Entscheidung in einer Angelegenheit des Verwaltungsrechts; Spruch zwar nicht als solcher bezeichnet,

dennoch geht aus Formulierung der Erledigung klar hervor, dass Verwaltungssache in rechtsverbindlicher Weise erledigt werden soll; eine Begründung für diese Entscheidung enthält die Abschussanordnung ebenfalls, auch wenn sie nicht als solche ausdrücklich ausgewiesen ist

#### 21.10.22, [Ra 2022/09/0043](#)

**Landeslehrer-DienstrechtsG; Covid-19-SchulVO 2020/21**; Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichts an den Schulen stellt besonders gewichtiges öffentliches Interesse dar und steht daher mit der Verpflichtung zum **Tragen einer Maske** in einem angemessenen Verhältnis; **dienstliche Weisungen** sind grds bindend und können nicht aufgrund einer eigenen Bewertung zurückgewiesen werden; Aufruf, sich nicht an allgemeine Normen zu halten und das Verbreiten von wirren Verschwörungstheorien gehören nicht zum Bildungsauftrag der Schulen; § 22 Abs 2 1. Satz VStG kommt nicht zur Anwendung, da ein Disziplinarverfahren eines Beamten keine Verwaltungsstrafsache ist; Strafe ist nach § 71 Abs 2 Landeslehrer-DienstrechtsG nach der schwersten Dienstpflichtverletzung zu bemessen, wobei weitere Dienstpflichtverletzungen als Erschwerungsgrund zu werten sind

#### 31.10.22, [Ra 2021/18/0369](#)

**AsylG; EMRK**; besondere Vulnerabilität ist bei Beurteilung, ob den rw Parteien bei einer Rückkehr in die Heimat eine Verletzung ihrer durch Art 2 und 3 EMRK geschützten Rechte droht, im Speziellen zu berücksichtigen; es muss eine angemessene Auseinandersetzung mit der konkreten **tatsächlichen Situation** bei einer Rückkehr vorgenommen werden; eine auf die Vergangenheit gerichtete Argumentation widerspricht der Rsp des VwGH zur **Prüfung der Rückkehrsituation** einer Familie mit minderjährigen Kindern

#### 09.11.2022, [Ra 2021/02/0214](#)

**VwGVG; Verzicht** gem § 44 Abs 5 VwGVG ist bis zum Beginn der (fortgesetzten) Verhandlung möglich; er erfordert eine ausdrückliche Willenserklärung der Parteien; auf **Aktenstücke** ist nur insoweit Rücksicht zu nehmen, als sie bei der Verhandlung verlesen wurden, es sei denn, der Beschuldigte hätte darauf verzichtet, oder als es sich um Beweiserhebungen handelt, deren Erörterung infolge Verzichts auf eine fortgesetzte Verhandlung gemäß § 44 Abs 5 leg cit entfallen ist; Verstoß gegen den **Unmittelbarkeitsgrundsatz** gem § 48 leg cit durch das Nicht-Vorlesen eines Sachverständigengutachtens, obwohl kein Verzicht auf die Fortsetzung der mündlichen Verhandlung vorlag

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

#### BVwG 25.08.2022, [W194 2233210-1](#)

**ORF-G; RundfunkgebührenG**; unter der Formulierung „sonstige Räumlichkeiten mit einheitlichem Nutzungszweck“ sind Räumlichkeiten zu verstehen, die zwar einen einheitlichen Nutzungszweck verfolgen, aber bspw auf mehrere Adressen oder Grundstücke aufgeteilt sind; der ggst Ferienpark stellt einen **geschlossenen Verband** von Räumlichkeiten mit einheitlichem Nutzungszweck dar; er verfügt über eine Postanschrift und eine einheitliche Genehmigung und befindet sich auf einem Grundstück; es ist somit von einem Standort iSd § 2 Abs 2 RundfunkgebührenG auszugehen, an dem aufgrund der Entrichtung einer Gebühr gem § 3 Abs 1 leg cit infolge der Begünstigung des § 3 Abs 3 Z 5 leg cit eine unbeschränkte Anzahl von Radio- bzw Fernseh-Empfangseinrichtungen betrieben werden dürfen

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

#### [01.12.2022, Rs C-141/20, Norddeutsche Gesellschaft für Diakonie](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 4 Abs 4 Unterabs 2 – Steuerpflichtige – Möglichkeit der Mitgliedstaaten, Einheiten, die zwar rechtlich unabhängig, aber durch gegenseitige finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Beziehungen eng miteinander verbunden sind, zusammen als einen Steuerpflichtigen zu behandeln

(**Mehrwertsteuergruppe**) – Nationale Regelung, die den Organträger der Mehrwertsteuergruppe zum einzigen Steuerpflichtigen bestimmt – Begriff ‚enge finanzielle Verbindung‘ – Erfordernis, dass der Organträger zusätzlich zu einer Mehrheitsbeteiligung über eine Stimmrechtsmehrheit verfügt – Fehlen – **Beurteilung der Selbständigkeit** einer wirtschaftlichen Einheit nach Maßgabe standardisierter Kriterien – Bedeutung

#### [01.12.2022, Rs C-269/20, Finanzamt T \(Prestations internes d'un groupement TVA\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 4 Abs 4 Unterabs 2 – Steuerpflichtige – Möglichkeit der Mitgliedstaaten, Personen, die zwar rechtlich unabhängig, aber durch gegenseitige finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Beziehungen eng miteinander verbunden sind, zusammen als einen Steuerpflichtigen zu behandeln (**Mehrwertsteuergruppe**) – Nationale Regelung, die den Organträger der Mehrwertsteuergruppe zum einzigen Steuerpflichtigen bestimmt – Leistungen innerhalb der Mehrwertsteuergruppe – Art 6 Abs 2 Buchst b – **Unentgeltlich erbrachte Dienstleistungen** – Begriff ‚unternehmensfremde Zwecke‘

#### [01.12.2022, Rs C-653/20 P, EUIPO/Vincenti](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Beamte – Statut der Beamten der Europäischen Union – Art 45 Abs 1 – Beförderung – Entscheidung, einen **Beamten nicht zu befördern** – Art 41 Abs 1 und Abs 2 Buchst a der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Recht auf Anhörung** – Begründungspflicht

#### [01.12.2022, Rs C-370/21, DOMUS-SOFTWARE](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2011/7/EU – **Bekämpfung von Zahlungsverzug** im Geschäftsverkehr – Entschädigung für die dem Gläubiger bei einem Zahlungsverzug des Schuldners entstandenen Beitreibungskosten – Art 6 – **Pauschaler Mindestbetrag von 40 Euro** – Mehrere verspätete Zahlungen, die als Entgelt für **periodisch wiederkehrende Lieferungen** von Waren oder Erbringungen von Dienstleistungen auf der Grundlage ein und desselben Vertrags zu leisten sind

#### [01.12.2022, Rs C-409/21, DELID](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) – Finanzierung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (**ELER**) – Verordnung (EU) Nr 1305/2013 – **Investitionsförderung** – Nationale Regelung, die die Gewährung der Förderung davon abhängig macht, dass der Antragsteller eine **Bescheinigung über die Registrierung eines Tierhaltungsbetriebs** auf seinen Namen vorlegt und nachweist, dass der Output seines landwirtschaftlichen Betriebs zum Zeitpunkt der Antragstellung mindestens 8 000 Euro entspricht

#### [01.12.2022, Rs C-419/21, X \(Fournitures de matériel médical\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2011/7/EU – Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr – Art 2 Nr 1 – **Begriff ‚Geschäftsverkehr‘** – Entschädigung für die dem Gläubiger bei einem Zahlungsverzug des Schuldners entstandenen Beitreibungskosten – Art 6 – Pauschaler Mindestbetrag von 40 Euro – **Mehrere verspätete Zahlungen**, die als Entgelt für Lieferungen von Waren oder Erbringungen von Dienstleistungen auf der Grundlage ein und desselben Vertrags zu leisten sind

#### [01.12.2022, Rs C-512/21, Aquila Part Prod Com](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 168 – Recht auf Vorsteuerabzug – Grundsätze der Steuerneutralität, der Effektivität und der Verhältnismäßigkeit – **Steuerhinterziehung** – Beweis – **Sorgfaltspflicht des Steuerpflichtigen** – Berücksichtigung der Verletzung von Verpflichtungen aus nationalen Vorschriften und aus dem Unionsrecht über die **Sicherheit der Lebensmittelkette** – Auftrag des Steuerpflichtigen an einen Dritten zur Bewirkung der besteuerten Umsätze – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 – Recht auf ein faires Verfahren

#### [01.12.2022, Rs C-564/21, Bundesrepublik Deutschland \(Accès au dossier en matière d'asile\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Grundrechte – **Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf** – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Asylpolitik – Richtlinie 2013/32/EU – Art 11 Abs 1, Art 23 Abs 1 sowie Art 46 Abs 1 und 3 – **Zugang zu den Informationen** in der Akte des Antragstellers – Gesamtheit des Akteninhalts – Metadaten – Übermittlung der Akte in Form einzelner unstrukturierter Dateien – Schriftliche Unterrichtung – **Digitalisierte Kopie der Entscheidung** mit handschriftlicher Unterschrift – Führung der elektronischen Akte ohne Archivierung einer Papierakte

### [01.12.2022, Rs C-595/21, LSI – Germany](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Information der Verbraucher über Lebensmittel – Verordnung (EU) Nr 1169/2011 – Art 17 und Anhang VI Teil A Nr 4 – ‚**Bezeichnung des Lebensmittels**‘ – ‚Produktname‘ – Verpflichtende Angaben bei der **Kennzeichnung von Lebensmitteln** – Bestandteil oder Zutat, der bzw die für die **vollständige oder teilweise Ersetzung des Bestandteils** oder der Zutat verwendet wird, von dem bzw der die Verbraucher erwarten, dass er bzw sie normalerweise in einem Lebensmittel verwendet wird oder vorhanden ist

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

### [01.12.2022, Rs C-660/21, Lufthansa CityLine \(GA Emiliou\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Grundsatz der **Nichtdiskriminierung von Teilzeitbeschäftigten** – Flugzeugführer – **Pro-rata-temporis-Grundsatz** – Erhöhte Vergütung für die in einem Monat über eine festgelegte Grenze hinaus geleisteten Flugdienststunden (**Mehrflugdienststundenvergütung**) – Identische Grenze für Flugzeugführer in Vollzeit und Flugzeugführer in Teilzeit

### [01.12.2022, Rs C-620/21, MOMTRADE RUSE \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Mehrwertsteuerrichtlinie** – Art 132 Abs 1 Buchst g – **Befreiung** der eng mit der Sozialfürsorge und der sozialen Sicherheit verbundenen Dienstleistungen – Als **mit sozialem Charakter anerkannte Einrichtung** – Betreffender Mitgliedstaat, der den sozialen Charakter der Einrichtung anerkennt

### [01.12.2022, Rs C-626/21, Funke \(GA Čapeta\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Angleichung der Rechtsvorschriften – Richtlinie 2001/95/EG – **Allgemeine Produktsicherheit** – System der Europäischen Union zum raschen Informationsaustausch (RAPEX) über gefährliche Non-Food-Produkte – Durchführungsbeschluss (EU) 2019/417 – **RAPEX-Leitlinien** – Verordnung (EG) Nr 765/2008 – **Marktüberwachung** – Richtlinie 2013/29/EU – Inverkehrbringen von pyrotechnischen Gegenständen – Recht eines Wirtschaftsteilnehmers auf Vervollständigung einer RAPEX-Meldung – Art 34 AEUV – Freier Warenverkehr – Maßnahme mit gleicher Wirkung wie eine mengenmäßige Beschränkung

### [01.12.2022, Rs C-699/21, E. D. L. \(Motif de refus fondé sur la maladie\) \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Europäischer Haftbefehl** – Übergabe von Personen, die einer Straftat verdächtigt werden oder wegen einer Straftat verurteilt wurden, an die ausstellenden Justizbehörden – **Schwere, chronische und potenziell irreversible Krankheit** – Schwerwiegende Gefahr für die Gesundheit der gesuchten Person

## **C. GERICHT**

### [30.11.2022, Rs T-101/18, Österreich/Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – **Kernindustrie** – Von Ungarn geplante Beihilfe für die Entwicklung zweier neuer Kernreaktoren am Standort Paks – Beschluss, mit dem die Beihilfe vorbehaltlich der Erfüllung bestimmter Verpflichtungen für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wird – Art 107 Abs 3 Buchst c AEUV – **Vereinbarkeit der Beihilfe** mit nicht beihilferechtlichen Bestimmungen des Unionsrechts – Untrennbare Verbindung – Förderung der Kernenergie – Art 192 Abs 1 des Euratom-Vertrags – **Grundsatz des Umweltschutzes**, Verursacherprinzip, Vorsorgeprinzip, Grundsatz der Nachhaltigkeit – Bestimmung der betroffenen wirtschaftlichen Tätigkeit – Marktversagen – Verzerrung des Wettbewerbs – Verhältnismäßigkeit der Beihilfe – Erforderlichkeit staatlicher Maßnahmen – Ermittlung der Beihilfeelemente – Vergabeverfahren – Begründungspflicht

### [30.11.2022, Rs T-611/21, ADS L Kowalik, B Włodarczyk/EUIPO - ESSAtech \(Accessoire pour télécommande sans fil\)](#)

Gemeinschaftsgeschmacksmuster – Nichtigkeitsverfahren – Eingetragenes Gemeinschaftsgeschmacksmuster, das ein Zubehör für **kabellose Fernbedienungen** darstellt – Nichtigkeitsgrund – **Erscheinungsmerkmale eines Erzeugnisses**, die ausschließlich durch dessen technische Funktion bedingt sind – Art 8 Abs 1 und Art 25 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr

6/2002 – **Tatsachen oder Beweismittel**, die zum ersten Mal vor der Beschwerdekammer vorgebracht werden – Art 63 Abs 2 der Verordnung Nr 6/2002 – Begründungspflicht – Art 41 Abs 1 und Abs 2 Buchst c der Charta der Grundrechte

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

29.11.2022, Beschwerde Nr [73274/17](#), *Çela/Albanien*

**Verletzung von Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf faires Verfahren), Abweisung der Verfassungsbeschwerde wegen unvorhersehbarer Anwendung einer neuen, nach Einreichung der Beschwerde eingeführten Viermonatsfrist, die dem Bf das Recht auf Zugang zu einem Gericht verwehrt, Auslegung der Verfahrensfristen durch das Verfassungsgericht nicht im Einklang mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit, Fehlen einer klaren Gesetzgebung und Rechtsprechung zum Ausgangspunkt für die Berechnung der neuen Frist, Unverhältnismäßige Belastung des Bf

29.11.2022, Beschwerde Nr [80450/17](#), *Godenau/Deutschland*

**Keine Verletzung von Art 10 EMRK** (Freiheit der Meinungsäußerung), Aufnahme der Bf in eine regionale interne Liste von Lehrern, die wegen Zweifeln an ihrer Verfassungstreue als ungeeignet für die Einstellung an öffentlichen Schulen angesehen werden, Abgrenzung zum Fall Vogt/Deutschland, begrenzte Schwere der angefochtenen Maßnahme, die die Einstellung der Bf als Lehrerin nicht verhindert, keine schwerwiegende Beeinträchtigung des Ansehens der Bf aufgrund der begrenzten Zugänglichkeit der Liste, ausreichende Verfahrensgarantien, Ermessensspielraum nicht überschritten

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### DISCLAIMER

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

### IMPRESSUM

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag.

Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.